

Liebe Leserinnen und Leser,

aus Sicht der Bundes-CDU verlief das Jahr 2020 bisher ereignisreich und zum Teil sogar turbulent. Dazu haben die Ereignisse in Thüringen ebenso beigetragen wie der von Annegret Kramp-Karrenbauer angekündigte geordnete Rückzug vom Amt der Parteivorsitzenden.

Wir als Christdemokraten müssen nun alle miteinander dazu beitragen, dass nach der möglichst baldigen Wahl eines neuen Parteivorsitzenden der Blick auf inhaltliche Fragen und der politische Wettbewerb mit den anderen Parteien zurückkehrt. Schließlich dauert es bis zu den nächsten Kommunal- und Bundestagswahlen im Herbst 2021 nicht mehr lange.

Während ich diese Zeilen schreibe, liegt der rassistisch motivierte Anschlag in Hanau erst wenige Wochen zurück. Er zwingt uns alle zu einer noch intensiveren Auseinandersetzung mit menschenverachtenden Ideologien und zu einem Bekenntnis zu Menschenwürde, Demokratie und Toleranz.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme und informative Lektüre. Und: Genießen Sie den Frühling!

Herzlichst

Ihr Björn Thümler



Landwirte brauchen unsere Hilfe!

Die Herausforderungen für die Landwirtschaft sind groß

Die Landwirtschaft war schon immer ein wichtiges Thema für mich: Wie könnte das in einer so stark von Landwirtschaft geprägten Region wie meinem Wahlkreis auch anders sein?!?

Doch in den vergangenen Wochen und Monaten gerieten die Belange der Landwirtschaft ganz weit nach oben auf meine politische Agenda. Denn die aufmerksamkeitsstarken Proteste insbesondere des Bauern-Zusammenschlusses Land schafft Verbindung (LSV) haben der Öffentlichkeit und Politik deutlich vor Augen geführt, mit welchen zum Teil existenzbedrohenden Herausforderungen und Problemen die Landwirtschaft konfrontiert ist.

Landwirte kämpfen um ihr Überleben!

In der jüngeren Zeit habe ich eine Reihe von Gesprächen und Diskussionen mit LSV-Vertretern und anderen Landwirten geführt. Unter anderem hatte ich im Januar die LSV-Aktivisten Rainer Mönlich, Mathias Arning und Thomas Müller in mein Bürgerbüro in Berne eingeladen. Mit dabei war Karl-Ernst Thümler, Vorsitzender des CDU-Gemeindeverbandes Berne und der Fraktion im Gemeinderat.

Zwei Stunden lang redeten wir intensiv miteinander.

Fortsetzung Seite 2

Aus dem Inhalt

- ▶ **Landwirte brauchen unsere Hilfe!** Seite 2
- ▶ **Thümler-Ticker** Seite 3
- ▶ **Finger weg von PAG Nordenham!** Seite 4
- ▶ **Thümler-Ticker** Seite 4
- ▶ **Freiwillige Feuerwehren stärken!** Seite 5
- ▶ **Tierheim-Diskussion in der Wesermarsch** Seite 6
- ▶ **Thümler-Ticker** Seite 7



Mein Fazit lautete: Die Landwirte kämpfen um ihr Überleben! Wir Politiker und die gesamte Gesellschaft müssen auf die Hilferufe, die zuletzt bei den Trecker-Demonstrationen unübersehbar und unüberhörbar wurden, schnell und angemessen reagieren.

Dazu gehört zum Beispiel eine Überprüfung der Nitrat-Messstellen. Die Landwirte und ich sind uns darin einig: Zweifel an den Messergebnissen sind nicht selten berechtigt – etwa, wenn ignoriert wird, dass Grünland Nitrat bindet. Meine Überzeugung: Auf Grünland machen rote Gebiete im Grunde genommen keinen Sinn.

Nitratbelastung in Moorriem hinterfragt

In diesem Zusammenhang freue ich mich auch darüber, dass ich in die Diskussion um die Einstufung des Teilbereiches Moorriem der Stadt Elsfleth als „nitratbelastet“ Bewegung bringen konnte. Diese Einstufung war mit der Aufnahme als „rotes Gebiet“ in die Düngeverordnung der Landesregierung verbunden. Ich hatte die Nitratbelastung in Moorriem zum Gegenstand einer Kleinen Anfrage im Landtag gemacht.

Die Antwort aus dem Umweltministerium besagt, dass die Moorregion Moorriem-Fuchsberg und das Ipweyer Moor im Zuge einer Neubewertung der Messstellen nicht mehr berücksichtigt werden dürften.

Hintergrund: Ich hielt die Einschätzung als „nitratbelastet“ von Anfang an für

falsch, weil sie sich auf die Grundwassermessstelle Klein Bornhorst am Stadtrand von Oldenburg bezieht. In meiner Kleinen Anfrage stellte ich fest, dass ein räumlicher Zusammenhang mit der Moorregion Moorriem-Fuchsberg unwahrscheinlich ist: Das Wasser fließt in der Regel von der westlich gelegenen Geest zu und somit nicht von den Moorflächen. Bei den betroffenen Flächen im „roten Gebiet“ handelt es sich ausschließlich um Grünland auf Moorstandorten.

Rückgrat des ländlichen Raumes

Das Umweltministerium stimmte mir in der Antwort auf die Kleine Anfrage zu. Wörtlich heißt es in der Antwort: „Das Grundwasser fließt von der höher gelegenen Geest in die Unterwesermarsch bzw. Moorgebiete. Die Messstelle Klein Bornhorst IV liegt am Geestrand, das Grundwasser fließt der Messstelle von der westlich gelegenen Geest zu, somit nicht von den Moorflächen. Von einer Beeinflussung des Messergebnisses an der Messstelle Klein Bornhorst durch die Moorflächen ist daher nicht auszugehen.“

Von konkreten Problemen wie etwa der Düngeverordnung oder der immer mehr um sich greifenden Bürokratie abgesehen, macht den Landwirten zunehmend ebenfalls zu schaffen, dass die gesellschaftliche Wertschätzung für ihren Berufsstand sinkt.

Dieser Entwicklung müssen wir uns entgegenstellen. Schließlich sichern die Landwirte nicht nur die Ernährung, sondern sind außerdem Wirtschaftsmotor Nummer Eins und das Rückgrat des ländlichen Raumes.

Landwirte nicht zu Sündenböcken machen

Mit großem persönlichen Engagement und Leidenschaft sind die meisten Landwirte bei der Sache. Und sie haben es einfach nicht verdient, von bestimmten Kreisen zum Sündenbock gemacht zu werden.

Wie sehr die Landwirte an dieser Stelle unterstützt werden müssen, wurde mir beispielsweise im Januar bei einer Diskussionsveranstaltung des CDU-Gemeindeverbandes Rastede erneut bewusst. Gemeinsam mit meinem CDU-Landtagskollegen Jens Nacke (Ammerland) war ich eingeladen worden. Im Kopf blieben mir etwa die Worte des Landwirtes und Rasteder CDU-Ratsherrn Dieter Ahlers: „Wir sind keine Heiligen, aber auch nicht die Sklaven für das schlechte Gewissen im Land. Wir erhalten Vorschläge von Leuten, die keinen Quadratmeter eigenen Boden unter den Füßen haben. Sie geben uns Ratschläge, mit denen wir unsere Betriebe platt machen würden. Das ist eine Sauerei.“



Landwirte-Besuch im Berner Büro: v.l.n.r. Thomas Müller, Björn Thümler, Mathias Arning, Rainer Mönnich, Karl-Ernst Thümler.

... Thümler-Ticker ...

Eine sehr wichtige Initiative, die aufrüttelt und den Finger in die richtigen Wunden legt – so bewerte ich den so genannten Brandbrief, mit dem sich Birgit Pohlmann im Dezember an die Landespolitik gewandt hatte. Darin beschreibt die Leiterin der katholischen Kindertagesstätte Maria Magdalena in Elsfleth die Verhältnisse in ihrer Einrichtung. Kurzum: Zu wenig Personal muss mit steigenden Anforderungen umgehen.

Unlängst war ich zusammen mit meinem FDP-Landtagskollegen Horst Kortlang in die Kindertagesstätte Maria Magdalena gekommen. Dort sprach ich mit Birgit Pohlmann und ihren Kolleginnen.

Fest steht zum einen, dass noch mehr Geld in die Hand genommen werden muss, um die Rahmenbedingungen in den Kindertagesstätten in Niedersachsen zu verbessern. Zum anderen muss die Politik der Versuchung widerstehen, die Kitas mit immer mehr Aufgaben einzudecken, die im Grunde genommen in den Verantwortungsbereich der Elternhäuser fallen.



Foto v.l.n.r.: Michaela Bruns, Marion Saathoff, Anna Meyer, Karin Glaß, Katharina Bunten, Horst Kortlang, Birgit Pohlmann, Heike Marek, Björn Thümler

Viele Menschen in der Wesermarsch unternehmen gerne Ausflüge in die Niederlande und insbesondere nach Groningen. Auch für diesen Personenkreis ist die Nachricht von der so genannten Wunderlinie höchst erfreulich: Die Europäische Union stellt für die Eisenbahnverbindung zwischen Bremen und Groningen 12,7 Millionen Euro bereit.

In einer ersten Stufe soll die Fahrtzeit zwischen Groningen und Bremen bis Ende 2024 auf zweieinhalb Stunden verringert werden. In der zweiten Stufe werden die Züge bis Ende 2030 zwischen Groningen und Leer alle zwei Stunden verkehren. Das verringert die Reisezeit auf zwei Stunden und 15 Minuten.

Ich habe mich stets für die Wunderlinie eingesetzt, und das auch aus Gründen der Völkerverständigung.



Welchen alltäglichen Problemen sich die Apotheken im Lande gegenüber sehen, das wurde exemplarisch bei meinem Besuch in der Strand-Apotheke in Burhave deutlich, zu dem ich gemeinsam mit meiner CDU-Bundestagskollegin Astrid Grotelüschen gekommen war. Apothekerin Britta Friedrich und die „frisch gebackene“ Apothekerin Lysanne Bellgardt thematisierten unter anderem den immer größer werdenden bürokratischen Aufwand und die Konkurrenz durch die Versandapotheken. Die schwierige Situation der Apotheken im ländlichen Raum und die ärztliche Versorgung sind eng miteinander verknüpft.



„Je weniger Ärzte es gibt“, unterstrich Britta Friedrich, „desto schwerer haben es die Apotheker.“

Foto v.l.n.r.: Björn Thümler, Lysanne Bellgardt, Britta Friedrich, Astrid Grotelüschen.

Die Landesregierung soll die niedersächsischen Küstenfischer und den Naturschutzbund Deutschland (NABU) bei ihrem gemeinsamen Müllsammelprojekt „Fishing for Litter“ weiterhin angemessen finanzieren. Das ist einer der Punkte einer im November vom Landtag beschlossenen Entschließung gegen die Plastikflut. Über diesen Beschluss der Koalitionsfraktionen von CDU und SPD sowie der Grünen-Fraktion freue ich mich – nicht zuletzt, weil auch Fedderwardsiel in der Gemeinde Butjadingen einer der knapp 20 Partnerhäfen ist.

Das Konzept: Fischer sammeln Müll aus dem Meer in Sammelsäcken und lassen ihn an Land umweltgerecht entsorgen. Begleitet wird das von wissenschaftlichen Untersuchungen der Müllbelastung. Die Ergebnisse dienen dem Entwickeln effektiver Gegenmaßnahmen. Das Projekt ist eine der zentralen Maßnahmen der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie. Bisher ist die Finanzierung bis Ende 2022 gesichert.

Aktuelles finden Sie auch unter
www.bjoern-thuemler.de

Wer sich für meine „Jahres-Bilanz“ für die Wesermarsch interessiert, wird im Internet unter www.bjoern-thuemler.de fündig. Dort habe ich wichtige Termine, Themen und Aktivitäten aus dem Jahre 2019 zusammengefasst – allerdings ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit. Das darin aufgezeigte Spektrum ist breit und bunt – und sicherlich wird auch das laufende Jahr arbeitsreich und vielfältig werden.

Finger weg von PAG Nordenham!

Die Belegschaft von Premium Aerotec hat mich an ihrer Seite

„Für den Abbau von Arbeitsplätzen oder eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gibt es keinerlei Argumente. Also: Finger weg!“ Das habe ich bei meinem Gespräch mit Belegschaftsvertretern des Nordenhamer Werkes von Premium Aerotec (PAG) zum Ausdruck gebracht. Der knapp zweistündige Termin fand auf dem Werksgelände in Nordenham statt.

Keine Abstriche vom erreichten Standard zulassen!

Mit dem Betriebsratsvorsitzenden Michael Eilers und seiner Stellvertreterin Petra Deters sowie Ralf Bremer, Leiter der IG-Metall-Vertrauensleute bei PAG, diskutierte ich die wesentlichen Elemente des „Be-Ready“-Restrukturierungsprogramms des Unternehmens. Dieses Programm will die Konzernspitze bis 2023 durchsetzen.

Die Belegschaftsvertreter verdeutlichten unter anderem, wie stabil die Auftragslage weiterhin sei. In unternehmensinternen Prognosen werde von rund 40.000

Flugzeugen ausgegangen, die in den kommenden 20 Jahren gebaut würden. „Wir in Nordenham wollen dabei sein“, so Michael Eilers. Der Markt bleibe ein Wachstumsgeschäft mit einem klaren Plus, bekräftigte Ralf Bremer.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Luftfahrtstandortes Deutschland und des PAG-Werkes in Nordenham ist nur durch gut qualifiziertes und hoch motiviertes Personal zu halten. Das bedeutet nach meiner Auffassung unter anderem: Es darf keine Abstriche vom hohen Lohn- und Sozialleistungsstandard geben – von dem übrigens auch der regionale Einzelhandel, die hiesige Gastronomie und andere Wirtschaftsbranchen erheblich profitieren.

Lob durch den Betriebsratschef

Gemeinsam mit den Belegschaftsvertretern spreche ich mich für zukunftsfähige Standort- und Personalkonzepte am Standort Nordenham aus. So muss das Werk zum Beispiel in die Airbus-Planungen für umweltfreundlich und autonom

fliegende Flugzeuge einbezogen werden. Klimaschutz und hochwertige Industriearbeitsplätze passen durchaus zusammen. Deshalb lasse ich zurzeit prüfen, inwieweit PAG Nordenham von aktuellen Forschungsprojekten in Niedersachsen profitieren könnte.

Ich freue mich über das Lob von Betriebsratschef Eilers darüber, dass ich als erster Politiker aus der Wesermarsch zur Solidarität mit den PAG-Beschäftigten und zur Stärkung des Nordenhamer Standortes aufgerufen hatte. „Dieser erste Aufschlag war ein notwendiges Signal zur richtigen Zeit und hat viele Menschen hellhörig gemacht“, sagte Michael Eilers.



Solidarisch mit PAG:
v.l.n.r.: Ralf Bremer, Björn Thümmler,
Petra Deters, Michael Eilers.

... Thümmler-Ticker ...

47 Gäste aus der Wesermarsch konnte ich im Dezember im Niedersächsischen Landtag begrüßen. In der Diskussion ging es unter anderem um Unterrichtsausfall und Lehrermangel, Datenschutz-Fragen und die zunehmende Respektlosigkeit in der Gesellschaft. Vor ihrer Teilnahme an einer Plenarsitzung des Parlamentes und dem Gespräch mit Thümmler hatte die Besuchergruppe nach einer Stadtrundfahrt einen Abstecher zum Weihnachtsmarkt unternommen.

Auch 2020 werden wieder Besuchergruppen nach Hannover starten. Interessenten können sich bereits jetzt im CDU-Bürgerbüro in Berne melden:

Telefon: 04406 972515
E-Mail: bjoern@thuemler.de



Die Stadt Nordenham und die Gemeinde Butjadingen profitieren vom Förderprogramm 2020 des Landes Niedersachsen für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Das Land unterstützt im Stadtgebiet von Nordenham die Grundenerneuerung und den Neubau von fünf Haltestellen. Die Gesamtkosten von 129.250 Euro sind zuwendungsfähig. Das Land beteiligt sich hier mit einer Förderquote von 75 Prozent. Das Vorhaben wird vom Zweckverband Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen getragen. Der Zweckverband ist ebenfalls der Vorhabenträger bei der Grundenerneuerung und dem Neubau von sechs Haltestellen in der Gemeinde Butjadingen. Die Gesamtkosten von 198.000 Euro sind zuwendungsfähig. Das Land beteiligt sich hier mit einer Förderquote von 75 Prozent.



Freiwillige Feuerwehren stärken!

Konkrete Maßnahmen sind erforderlich

Mehr Unterstützung, Respekt und Anerkennung für die Freiwilligen Feuerwehren in der Wesermarsch – das ist meines Erachtens zwingend notwendig. Denn: Im täglichen Einsatz retten unsere Feuerwehrkräfte Menschen, löschen Brände, sichern Veranstaltungen und erfüllen weitere Aufgaben im Sinne des Gemeinwohls. Dabei nehmen sie persönliche Einschränkungen ihrer Freizeit bewusst in Kauf. Und was noch bemerkenswerter ist: Sie setzen in nicht wenigen Fällen ihre Gesundheit oder sogar ihr Leben aufs Spiel.

Finanzierung auf eine breitere Grundlage stellen

Weil die Herausforderungen für die Feuerwehren nach meiner Einschätzung in den kommenden Jahren erheblich zunehmen werden, sehe ich auch auf kommunaler Ebene deutlich erhöhten Handlungsbedarf. In puncto Herausforderungen möchte ich unter anderem auf den demographischen Wandel und die möglichen Folgen des Klimawandels verweisen sowie auf die Änderungen bei Ausbildung, Ausrüstung und Ausstattung, die sich durch Technisierung und

Digitalisierung ergeben.

Im Einklang mit dem CDU-Landesvorstand, der Ende November einen Maßnahmenkatalog mit dem Titel „Brand- und Katastrophenschutz in Niedersachsen zukunftsfest organisieren!“ beschlossen hat, fordere ich: Wir müssen die Finanzierung der Feuerwehren auf eine breitere Grundlage stellen. Deshalb muss der Landesanteil verstetigt, im Rahmen der Haushaltslage erhöht und auf eine gesicherte rechtliche Grundlage gestellt werden.

Akademie in Loy ausbauen und weiter entwickeln!

Für die Wesermarsch befürworte ich dauerhaft finanzierte Kampagnen zur Nachwuchsgewinnung und Öffentlichkeitsarbeit. Ein Schwerpunkt sollte bei jungen Menschen und in den sozialen Netzwerken liegen.

Von großer Bedeutung für die Freiwilligen Feuerwehren in der Wesermarsch ist die Niedersächsische Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK) in Loy. Dieser Eckpfeiler der Aus- und

Fortbildung muss besser ausgestattet, Schritt für Schritt ausgebaut und weiter entwickelt werden. Dazu gehört eine nachhaltige und kontinuierlich besser werdende Finanzierung.

... Thümler-Ticker ...

Über viele Beiträge junger Erwachsener aus der Wesermarsch zum denkt@g-Wettbewerb der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) würde ich mich freuen. Noch bis zum 31. Oktober 2020 können sich Menschen zwischen 16 und 22 Jahren beteiligen.

Gefragt sind Webseiten im Internet, die besonders kreativ gestaltet wurden. Sie sollen sich in unterschiedlicher Form wie etwa Texten, Interviews und Recherchearbeiten mit dem Nationalsozialismus und dem Holocaust auseinandersetzen. Ein weiterer Themenschwerpunkt kann die aktuelle Beschäftigung mit Rechtsextremismus und Menschenverachtung sein. Der erste Preis ist mit 3.000 Euro und der zweite mit 2.000 Euro dotiert; für den dritten Preis sind 1.000 Euro angesetzt. Hinzu kommen zahlreiche Sachpreise. www.denktag.de



Zweckverband ist prüfungswert

Mein Beitrag zur Tierheim-Diskussion in der Wesermarsch

Mit einer neuen Initiative möchte ich die Diskussion um ein Tierheim in der Wesermarsch beleben: Wir sollten nach Möglichkeit einen kommunalen Zweckverband gründen. Meine Initiative habe ich auch in einem Gespräch mit der Vorsitzenden Martha Heppel vom Tierschutzverein Wesermarsch und ihrer Pressesprecherin Petra Optatzi erörtert. Das Treffen fand in meinem Bürgerbüro in Berne statt.

Finanzierung auf alle Schultern verteilt

Unterdessen habe ich in dieser Sache auch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus dem Landkreis angeschrieben sowie Landrat Thomas Brückmann kontaktiert.

Hintergrund meiner Initiative: Ein Tierheim-Bau wäre – rechtlich gesehen – eine Aufgabe der Städte und Gemeinden, nicht jedoch des Landkreises. Um die finanziell zum Teil sehr „klammen“ Städte und Gemeinden zu entlasten, erscheint mir ein

Zweckverband sinnvoll. Dann würde die Finanzierung auf alle Schultern verteilt.

Weitere Vorteile eines Tierheim-Zweckverbandes: Wir hätten bei den vertraglichen Regelungen zur Unterbringung von Fundtieren keinen Flickenteppich mehr, sondern einheitlich geregelte Verhältnisse. Außerdem gäbe es feste, leichter erreichbare Ansprechpartner auf Seiten der Kommunen. Über einen Beirat könnte sich der Tierschutzverein Wesermarsch einbringen und mitbestimmen.

Ein Zweckverband mit den Städten und Gemeinden aus der Wesermarsch würde auf der Grundlage des Niedersächsischen Gesetzes zur kommunalen Zusammenarbeit gegründet werden.

Ehrenamtliche sind am Limit

Mit Zweckverbänden hat auch die Wesermarsch bereits sehr positive Erfahrungen gesammelt. Ein gutes Beispiel ist der Anfang 2007 gebildete Zweckverband Veterinäramt JadeWeser, dem die Gebietskör-

perschaften die kommunalen Aufgaben des Veterinärwesens und des gesundheitlichen Verbraucherschutzes übertragen hatten. Eine Zusammenarbeit beider Zweckverbände wäre für die Betreuung von Fundtieren und die amtstierärztliche Versorgung in der Wesermarsch optimal. Von einem Zweckverband erhoffe ich mir eine dringend erforderliche Entlastung der ehrenamtlichen Tierschützer.

Bei der Unterredung in Berne hatte Martha Heppel dargelegt, dass die Ehrenamtlichen ihres Vereins „am Limit“ seien. Insgesamt gibt es nach den Schilderungen der Vereinsvorsitzenden zu wenige ehrenamtliche Pflegeplätze in der Wesermarsch: „Weitere Notfälle können nicht mehr aufgenommen werden.“

Die Kapazitäten des Tierheimes in Nordenham reichten auf keinen Fall aus. Außerdem sei das 1936 erbaute und 1989 von der Stadt Nordenham geerbte Haus nebst Grundstück „nicht mehr zeitgerecht“, fügte Martha Heppel hinzu. Im Übrigen dürften dort nur Tiere aus der Stadt Nordenham aufgenommen werden.

... Thümler-Ticker ...

Der Jahreshauptversammlung des Schützenbundes Wesermarsch habe ich im Februar ein Grußwort geschickt. Darin heißt es unter anderem: „(...) Ihr großes Engagement, mit dem Sie kulturelle Werte im ländlichen Raum schützen und retten, beeindruckt mich seit vielen Jahren. Für besonders gelungen halte ich es, wie Sie zum einen die jahrhundertealte Tradition des Schützenwesens pflegen und vor der Vernichtung bewahren, zum anderen aber auch die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen erkennen und auf sie zeitgemäße Antworten finden. Damit meine ich zum Beispiel Ihre Integrationsarbeit, mit der Sie auch Menschen in Ihre Mitte holen, die sonst gesellschaftlich im Abseits stehen würden.

Für Ihre erfolgreiche Arbeit möchte ich Ihnen Respekt und Anerkennung aussprechen. In besonderem Maße gilt das für Ihre Jugendarbeit, durch die Sie wichtige Beiträge zur Persönlichkeitsbildung der jungen Menschen und zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft leisten. (...)“



Trotz der gewissen Entspannung bei der Hebammenversorgung in der Wesermarsch – vor allem aufgrund der ambulanten Angebote, die der Landkreis eingeführt hat – dürfen bei diesem Thema die Hände nicht in den Schoß gelegt werden. Ich meine: Die Entwicklung in der Wesermarsch muss genau beobachtet werden. Dabei empfehle ich ausdrücklich auch eine Zusammenarbeit mit den Müttern, die sich 2019 in einer Elterninitiative zur Rettung der Geburtshilfe-Abteilung an der Nordenhamer Helios-Klinik zusammengeschlossen hatten.

Vor diesem Hintergrund begrüße ich das Grüne Licht des Landtages für einen Antrag von CDU und SPD: Dieser soll die Betreuung durch Hebammen unter anderem durch Hebammenzentralen und bessere Verzahnung von Hochschulen und regionalen Partnern flächendeckend sicherstellen.



Auch in der Wesermarsch werden die Lücken in der ambulanten Pflege und Betreuung größer. Mit dieser Einschätzung beziehe ich mich unter anderem auf Warnungen des Kreisbehindertenbeirates. Wir sind gut beraten, wenn wir in der Wesermarsch dieses Thema viel stärker in den Fokus nehmen.

Neben der tariflichen Bezahlung der Fachkräfte muss es auch eine einheitliche Vergütung von Leistungen geben. Ansonsten drohen Versorgungsengpässe durch Schließungen oder reduzierte Angebote. Ende 2019 haben die Landtagsfraktionen von CDU und SPD die schnelle Realisierung eines Tarifvertrages Soziales für die Altenpflege in Niedersachsen gefordert. Die Landesregierung soll sich auf Bundesebene unter anderem dafür stark machen, dass sämtliche Pflegeanbieter ein Verbandsklagerechts erhalten, das auch bei Schiedssprüchen greift.



Rund drei Stunden lang stand ich im Bereich für Tabakwaren und Toto/Lotto des Edeka-Marktes Wigger in Berne an der Kasse. Das tat ich für einen guten Zweck, nämlich den Förderverein der Berner Grundschule.

Anlass war die Wiedereröffnung des Supermarktes durch die Inhaberfamilie Wigger. Ich nutzte die Gelegenheit zu kurzen Gesprächen mit der Kundschaft, aber auch, um mir einen Einblick von der Arbeit der Verkäuferinnen und Verkäufer zu verschaffen: Hut ab vor allen, die das jeden Tag machen!



Schnelle Hilfe für die Grundschule Abbehausen, die in den vergangenen Wochen von massiven Internetausfällen betroffen war: Nachdem ich mich eingeschaltet hatte, hat sich Vodafone innerhalb weniger Tage bewegt und für die technische Problemlösung gesorgt. Schulleiter Helge Plöger hatte sich mit einem Hilferuf an mich gerichtet und ich mich sofort an den für Digitalisierung zuständigen Staatssekretär im Wirtschaftsministerium gewandt.

Ihr Kontakt zu mir!

CDU-Bürgerbüro Berne
Lange Straße 15
27804 Berne

Telefon: 04406 972515
Fax: 04406 972516

E-Mail: bjoern@thuemler.de
www.bjoern-thuemler.de

facebook.com/bjoern.thuemler/
xing.com/profile/Bjoern_Thuemler3

Öffnungszeiten:
montags bis freitags: 7 bis 13 Uhr

Fotonachweise:

Thomas Klaus
Privates Archiv
Pixabay
© M.Dörr & M.Frommherz/adobestock.com
© isavira/adobestock.com
© heidepinkall/adobestock.com
© gradt/adobestock.com

